

Mut zu Wettbewerb, Eigenverantwortung und Solidarität

Beschluss des 53. Landesparteitages, 09./10. Mai 2003

A.1. Mut zum Wettbewerb

Die Bundesrepublik Deutschland ist zum Schlusslicht der Wachstumsentwicklung in Europa geworden. Im Jahr 2002 gab es ein Wirtschaftswachstum von gerade noch 0,2%. In manchen Branchen ist die Wirtschaft sogar geschrumpft. Auch in diesem Jahr wird Deutschland beim Wirtschaftswachstum den anderen Industrienationen hinterher hinken. Die OECD erwartet für Deutschland in ihrer Frühjahrsprognose ein Wirtschaftswachstum von mageren 0,3%, während für die EU ein Wirtschaftswachstum von 1,2%, für die USA gar von 2,5%, prognostiziert wird. Im Jahr 2003 wird ein Wachstum von maximal 0,5% erwartet. Die deutschen Probleme sind hausgemacht und mitnichten der lahmen Weltkonjunktur geschuldet. Wir haben einen Anstieg der Insolvenzen auf Rekordniveau und einen deutlichen Rückgang der Selbständigenquote. International blickt man mit Erstaunen und Mitleid auf den schwankenden Wirtschaftsriesen – man spricht von der „german disease“, der deutschen Krankheit.

Bei der Suche nach den Ursachen stößt man immer wieder auf einen Kernpunkt: Die Verleugnung der Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft.

I. Grundpfeiler des Wirtschaftswunders

In den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland war Deutschland ein von den Kriegsfolgen schwer gezeichnetes Land. Viele Städte und Industrieanlagen waren zerstört. Für eine funktionierende Wirtschaft fehlte die Infrastruktur. Wirtschaftspolitik reichte unter diesen Umständen kaum über Zwangsbewirtschaftung und staatliche Lenkung hinaus.

Heute ist Deutschland trotz des offen zu Tage tretenden Reformbedarfs - zumindest noch - eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt. Dieser beeindruckende Wiederaufstieg aus der Asche des zweiten Weltkrieges in den Kreis der führenden Wirtschafts- und Industrienationen war das Ergebnis einer damals bahnbrechenden politischen Innovation: Die soziale Marktwirtschaft wurde als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Leitkonzept durchgesetzt.

Soziale Marktwirtschaft, das war und ist ein Konzept, das auf Freiheit und Wettbewerb, Eigenverantwortung und Marktausgleich, auf Subsidiarität staatlicher Regelungen unter gleichzeitiger Einforderung gesamtgesellschaftlicher Solidarität gegründet war. Die CDU Saar bekennt sich zu diesem Konzept der sozialen Marktwirtschaft.

Wir setzen auf Leistung. Wir setzen auf moderne, gut bezahlte und langfristig sichere Arbeitsplätze. Wir setzen auf sozialen Ausgleich und Solidarität mit allen im Land, die auf die Hilfe der Solidargemeinschaft angewiesen sind. Dafür brauchen wir eine starke Wirtschaft, die im weltweiten Wettbewerb des 21. Jahrhunderts eine führende Rolle einnimmt. Wir setzen auf umweltgerechtes, qualitatives Wachstum, auf Qualifikation und Wissen, gute Bildung und Ausbildung, eine moderne Infrastruktur und attraktive Investitionsbedingungen.

Soziale Marktwirtschaft, das heißt für uns: Solidarität und Bereitschaft zu sozialer Verantwortung, aber vor allem auch : Mut zum Markt.

II. Herausforderung der Zukunft

In den Gründerjahren hat das weitgehend freie Spiel von Angebot und Nachfrage das deutsche Wirtschaftswunder möglich gemacht. Erst mit dem durch die Kraft des Marktes entfachten Wachstum wurde der Wohlstand möglich, für den Deutschland heute – noch – weltweit bewundert wird.

Diese Erkenntnis müssen wir auf die heutige Situation übertragen.

Der Prozess der Globalisierung hat das Gesicht der Wirtschaft in den letzten Jahren dramatisch verändert. Die Wirtschaftsprozesse sind komplexer geworden, Wertschöpfungsketten reichen rund um den Globus, die Lebensplanungen der Menschen und das Konsumverhalten werden immer individueller. Staatliche Reglementierungen und Steuerungen verlieren zunehmend an Bedeutung für den Verlauf der Wirtschaftskreisläufe. In dieser neuen, vielfältig vernetzten Weltwirtschaft können die Unternehmen die Vorteile der unterschiedlichen Produktionsstandorte in Bezug auf Arbeitskosten, Qualifikation der Mitarbeiter, staatliche Reglementierungen sowie Steuer- und Abgabenbelastung ausnutzen.

Mut zum Markt auch in der globalisierten Welt

Genau an dieser Stelle müssen wir ansetzen: Diese weltweite Öffnung der Märkte führt zu einem Wettbewerb der Standorte. Die CDU Saar will diesen Wettbewerb offensiv angehen und die gestalterischen Herausforderungen, die sich unserer Wirtschaft, unserer Gesellschaft und damit auch der Politik stellen, annehmen. Wir müssen unsere Leitungskraft und Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen stärken. Alle Rahmenbedingungen müssen dazu überprüft werden. Das Umfeld für die Unternehmen zählt dazu genauso wie die wirtschaftlichen und sozialen Ordnungssysteme.

III. Rot-Grüne Wunschträume – Irrwege weg vom Markt

Die rot-grüne Bundesregierung entfernt sich in vielen Punkten von den Leitvorstellungen von Freiheit, Eigenverantwortung und der Bereitschaft von sozialer Verantwortung, die die soziale Marktwirtschaft ausmachen.

Regulierungswut, Interventionismus und Aktionismus sind die Kennzeichen rot-grüner Politik. Beispiele für das fahrlässige Eingreifen in marktwirtschaftliche Prozesse gibt es viele:

- die Ökosteuer, die mangels vorhandener Lenkungswirkung ihren Namen nicht verdient
- Verschärfung des Betriebsverfassungsgesetzes
- die Bemühungen des Verbraucherschutzministeriums, zu Gunsten politisch korrekter ökologischer Bioprodukte in den Markt einzugreifen.

Die Folge solcher Eingriffe ist eine Verzerrung des Marktes.

Erhaltungssubventionen bremsen die Anpassung an neue Herausforderungen.

Wenn die Wirtschaftsströme einer globalisierten Welt dazu führen, dass die Nachfrage nach Produkten sich verändert, muss auch die Wirtschaft sich dieser Entwicklung anpassen und sich auf die Lieferung der nachgefragten Produkte und Dienstleistungen konzentrieren. In Deutschland verhindert der Staat in vielen Fällen diese Anpassung, in dem er die Erhaltung des Status quo massiv subventioniert.

Obwohl klar ist, dass der moderne demokratische Staat viele gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen nur noch begrenzt beeinflussen kann, nährt Rot-Grün den Glauben an die Allzuständigkeit des Staates

Diese Allzuständigkeitserwartung gegenüber dem Staat führt zu einer Überlastung der öffentlichen Systeme. Mit der Fülle der übertragenen Aufgaben erhöht sich in der Folge der Finanzbedarf dieser Systeme. Daraus resultiert ein stetiger Anstieg der Lohnnebenkosten, sowohl im Steuer- als auch im Abgabebereich. Diese Politik treibt die Staatsquote nach oben und vermindert die Kaufkraft.

A.2. Mut zum Markt im Aufsteigerland Saarland

Die CDU Saar ist im Saarland einen anderen Weg gegangen. Statt neuer überflüssiger Regulierungsversuche haben wir auf die Entfesselung der marktwirtschaftlichen Kräfte gesetzt. Wir müssen Abschied nehmen von der Illusion, der Staat sei in der Lage, betriebswirtschaftliche Fehlentwicklungen zu korrigieren oder den Markt entgegen der Nachfrage der Verbraucher zu steuern.

I. Herausforderungen annehmen

Wir haben die Aufgabe, den Wirtschaftsstandort Saarland im Wettbewerb mit anderen Regionen zu positionieren, unmittelbar nach der Regierungsübernahme zu einer ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe der Landesregierung von höchster Priorität erklärt.

Unser Ziel ist ein aus eigener Kraft lebensfähiges Saarland, ein attraktiver Wirtschaftsstandort, an dem die Saarländerinnen und Saarländer ihr Auskommen finden. Wirtschaftlicher Erfolg, sichere Arbeitsplätze und gutes menschliches Miteinander sollen in Zukunft Markenzeichen des Saarlandes sein. Mit diesem Leitbild vor Augen gestalten wir die saarländische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Sozial ist nicht vor allem derjenige, der etwas verteilt, sondern derjenige, der dafür sorgt, dass es etwas zu verteilen gibt. Deshalb muss das Saarland ein wirtschaftlich starkes Land werden. Ein eigenständiges, ein selbstbewusstes Saarland, das mit innovativen Politikkonzepten zu einer neuen Wirtschafts- und Finanzkraft kommt. Dazu bedarf es einer nachhaltigen, vorausschauenden und aktiven Wirtschafts- und Strukturpolitik. Wir brauchen den Mut und die Bereitschaft zu einem konsequenten Strukturwandel – weg von der lähmenden Fixierung auf nicht mehr lebensfähige Strukturen hin zu den zukunftsträchtigen Wachstumsbranchen des 21. Jahrhunderts.

II. Modellregion Saarland

Die CDU Saar hat sich konsequent von der ordnungspolitischen Vergangenheitsbewältigung entfernt und die Weichen für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft gestellt. Wir wollen, dass das Saarland eine Modellregion für die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels wird.

Das sind die Eckpunkte unserer Zukunftsstrategie: Wir wollen Vorrang für gute Bildung – denn gut qualifizierte Arbeitnehmer sind ein starkes Kapital. Wir fördern modernste Technik, denn wir wollen dass das Saarland in der Hochtechnologie zum Wegweiser wird. Wir setzen auf eine effiziente Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur, die Ansiedlungen und Neugründungen in unserem Land attraktiver machen. Wir setzen auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Kernbranchen und einen Branchenmix. Wir investieren massiv in Wachstumsbranchen und streben dort eine Führungsrolle an. Wir verknüpfen die Substanz der "alten" mit der Dynamik der "neuen" Ökonomie. Wir erschließen künftige Wachstumsfelder wie die Biotechnologie.

Dazu kommt ergänzend unsere Offensive für Deregulierung und Entbürokratisierung. So haben wir im Saarland bereits über 1.300 Verwaltungsvorschriften abgebaut. Auch dies ist ein Beitrag zur Entfesselung der Kräfte des Marktes. Zu nennen ist beispielsweise die faktische Aufhebung der Sperrstundenverordnung im Interesse des Hotel- und Gaststättengewerbes und seiner Kunden.

B. Erfolg im Wettbewerb – eine Zwischenbilanz im Saarland

Die Verbesserung der Standortqualität, die moderne Arbeitsmarktpolitik, innovative Strategien der Wirtschaftsförderung und eine nachdrückliche Ausrichtung auf den Technologietransfer in Zukunftsbranchen, flankiert von einer leistungsorientierten Politik im Bildungsbereich haben bereits erste Erfolge hervorgebracht.

Die CDU-geführte Landesregierung hat den Strukturwandel im Bereich der Stahlindustrie erfolgreich gestaltet. Saarstahl wurde aus dem Konkurs geführt und ist wieder ein aus eigener Kraft lebensfähiges Unternehmen.

Das Saarland liegt im Jahr 2001 mit einem realen Wachstum von 0,9% bundesweit auf Platz zwei der Bundesländer und 0,3 Prozentpunkte über dem Bundesschnitt. Dieser Trend setzt sich auch 2002 fort: einem bundesweiten Wachstum von 0,2% steht ein Wachstum von wiederum 0,9% im Saarland gegenüber. Das ist auch in diesem Jahr das zweitstärkste Wachstum aller Bundesländer. Zum Vergleich: In der Regierungszeit der SPD ist die Wirtschaft im Saarland im Durchschnitt 1,21% pro Jahr weniger gewachsen als im Bund. Dadurch hat sich innerhalb von 15 Jahren ein Wachstumsrückstand von 18,6% aufgestaut. Das heißt: Durch die innovative Politik des aktiven Strukturwandels, die die CDU-geführte Landesregierung betreibt, ist es uns auch in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Zeit gelungen, uns vom Bundestrend positiv abzukoppeln.

Dies zeigt auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt: In mehrfacher Hinsicht hat das Saarland sich hier unter der Regierung der CDU besser entwickelt als der Bundesdurchschnitt. Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit haben wir uns von Platz 11 auf Platz 5 verbessert und liegen vor Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Zum Vergleich: Unter der Regierung Lafontaine wurde die Arbeitslosigkeit im Saarland in 14 Jahren um knapp 500 gesenkt, seit die CDU regiert in 3 Jahren um über 4000. Wir haben eine höhere Ausbildungsplatzdichte (108 Lehrstellen auf 100 Bewerber) als im Bund, mehr Existenzgründungen und deutlich weniger Insolvenzen. In den letzten beiden Jahren sind über 23.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden, davon allein 4.800 in neu gegründeten Unternehmen. In 2002 wurde zeitweise der höchste Stand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Geschichte des Saarlandes erreicht.

Allerdings muss man damit rechnen, dass die bundesweite Negativentwicklung auch am Saarland nicht spurlos vorüber geht. Die CDU Saar wird alles dafür tun, damit die Negativauswirkungen der von Rot-Grün verantworteten schlechten Wirtschaftsentwicklung im Bund für das Saarland zumindest geringer ausfallen als im Bundesschnitt.

C. Mut zu Wettbewerb, Eigenverantwortung und Solidarität - Wege in die Zukunft

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen müssen wir nach Wegen aus der ordnungspolitischen Krise suchen. Ein Reformkonzept für Deutschland muss dem Rechnung tragen. Führungsstrukturen und Unternehmenskulturen müssen sich im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit an internationalen Standards orientieren. Auch der institutionelle Rahmen unserer Volkswirtschaft muss neu bemessen werden, damit die Funktionsfähigkeit des Marktes und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland gewahrt werden.

C.1. Mut zum Markt auch im Bund

Die Bundesregierung hat es versäumt, einen deutlichen Politikwechsel einzuleiten. Zwar hat sie in einigen Teilaspekten des Gesundheitswesens und der Sozialversicherung Ansätze präsentiert, die den Vorschlägen der CDU nahe kommen. Aber insgesamt springt die Bundesregierung angesichts der großen Probleme viel zu kurz. In vielen wichtigen Fragen bleibt es bei Ankündigungen und Appellen an die Verantwortung Dritter. In der Wirtschaftspolitik verfolgt rot-grün einen Zickzack-Kurs. Insgesamt muss man konstatieren: Der Koalition aus SPD und Grünen fehlt der rote Faden in der Politik, sie hat kein Ziel, keinen Zusammenhang, keinen Mut, keinen Schwung, keine Konzepte, und keine Vision.

Dabei ist viel zu tun, um die Rahmenbedingungen für die Erholung unserer Volkswirtschaft zu schaffen. Die CDU Saar steht dabei für eine Politik des Mutes und des Anpackens.

I. Mut zum Markt – weniger Staat

Wir wissen: Es ist nicht der Staat, der die Arbeitsplätze schafft. Aber der Staat kann dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen so zu gestalten, dass diese mehr Arbeitsplätze schaffen können.

Für die CDU Saar heißt dies: Auch auf Bundesebene muss in der Politik der Erkenntnis folgen: Vertrauen in den Markt und in den Wettbewerb in einem ökologischen und sozialverträglichen Rahmen ist die entscheidende Voraussetzung für eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Nicht „weniger Konsum, mehr Steuern“ ist die richtige Orientierung, sondern „weniger Staat, mehr privat“.

Deshalb brauchen wir einen Rückzug des Staates. Nach einer Untersuchung des Internationalen Währungsfonds ist es möglich, mit 30% des Bruttoinlandsproduktes alle wichtigen Aufgaben einschließlich des Umweltschutzes und der sozialen Sicherheit zu bewältigen.

Die Abgabenlast und die Regelungen lähmen die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland. Die rot-grüne Politik der Allzuständigkeit treibt die Staatsquote nach oben und steht der Idee der Sozialen Marktwirtschaft diametral entgegen. Rot-Grün erstickt somit jeglichen Leistungswillen und jegliche unternehmerische Leistungsbereitschaft im Keim. Wir treten ein für eine konsequente Rückführung der Staatsquote. Das ist notwendig, um die wirtschaftlichen Kräfte im globalen Wettbewerb und Strukturwandel freizusetzen. Wenn heute beinahe jeder zweite Euro durch die öffentliche Hand verwaltet und umverteilt wird, so ist das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft, für die wir eintreten, verloren gegangen.

Die CDU Saar fordert daher in einem ersten Schritt die Umsetzung der Zielbestimmung „dreimal vierzig“:
40% Spitzensteuersatz, 40% Spitzensatz im Bereich der Sozialabgaben und eine Staatsquote von 40%.

Erreichen kann man dies nur, wenn

- man zu einem umfassenden Umsteuern bereit ist.
- das Verhältnis des Einzelnen zum Staat, das Verhältnis kollektiver und individueller Verantwortung neu bestimmt wird.
- umfassende Anstrengungen zur Entbürokratisierung und Deregulierung in Gang gesetzt werden.

Die CDU Saar ist überzeugt von der Fähigkeit des Menschen zu eigenverantwortlichem Verhalten. Wir wollen daher dem Bürger wieder mehr Freiheit zurückzugeben, damit er sein Leben selbst gestaltet. Ebenso überzeugt sind wir von der sozialen Natur des Menschen. Der Staat soll helfen, nicht aus der Hand nehmen. Die CDU Saar ist überzeugt, dass die Kraft des Marktes und fairer Wettbewerb in aller Regel mehr Gerechtigkeit schaffen als es Bürokratie und Behörden vermögen. Also bieten wir die Kraft auf, den Menschen einen fairen Wettbewerb zuzumuten und Leistung, Kreativität und Selbstbestätigung freizusetzen. Wir haben Mut zum Markt!!

II. Reform des Steuersystems

Deutschland braucht eine grundlegende Reform des Steuerrechts um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, den konjunkturellen Aufschwung zu unterstützen und die Grundlage für mehr Beschäftigung zu schaffen.

Die rot-grüne Bundesregierung hat mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz den untauglichen Versuch unternommen, Steuererhöhungen auf breiter Front durchzusetzen. Das hat die Union im Bundesrat verhindert. Nun ist es Zeit für mutige und zukunftsweisende Steuerreformen. Die CDU Saar steht für niedrigere Steuersätze und für mehr Steuergerechtigkeit. Eine konjunkturbelebende und wachstumsfördernde Steuerreform muss mittelstands- und arbeitnehmerfreundlich und mit einer deutlichen Nettoentlastung für Betriebe und Arbeitnehmer verbunden sein.

Das geltende Steuerrecht – insbesondere das Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht – ist unverständlich und untransparent. Die Vielzahl und Fülle der Subventions- und Ausnahmeregelungen hat zu Folge, dass sich die Steuerbelastung nicht mehr hinreichend an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientiert. Die CDU Saar fordert deswegen eine deutliche Senkung der Steuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

Das Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern ist in Deutschland nicht ausgewogen. Gerade in Zeiten der Konjunkturschwäche macht sich diese Unausgewogenheit umso schmerzlicher bemerkbar. Die CDU Saar setzt sich ein für eine aufkommensneutrale Umschichtung von direkten zu indirekten Steuern. Eine Umschichtung hin zur indirekten Besteuerung stärkt die Anreize für Unternehmen und Arbeitnehmer und wirkt so konjunkturbelebend. Eine Umschichtung von direkter zu indirekter Besteuerung wird durch eine Entlastung des Faktors Arbeit zu deutlichen Wachstumsimpulsen führen. Diese Umschichtung muss differenzierter gestaltet werden, um soziale Ausgewogenheit zu gewährleisten und Schwarzarbeit zu verhindern. Diese Reform wird einer sozialen Verantwortung gerecht, weil sie die Weichen für Wachstum und eine Belebung des Arbeitsmarktes stellt. Unsozial ist nur jene Steuer- und Wirtschaftspolitik, welche durch Reformblockade und Modernisierungsverweigerung das Schaffen von Arbeitsplätzen verhindert und so Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt ausgrenzt.

III. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes

In keinem Land der Welt ist der Arbeitsmarkt so stark reguliert wie in Deutschland. Das muss geändert werden. Unternehmen würden mehr Arbeitsplätze bereit stellen, wenn das Arbeitsrecht diese Entscheidung nicht ökonomisch unsinnig machte. Die Fesseln des Arbeitsmarktes schaden Arbeitslosen und Beschäftigten gleichermaßen: den Arbeitslosen, weil sie ohne Arbeit bleiben; den Beschäftigten, weil sie die hohe Arbeitslosigkeit mit ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen finanzieren. Die CDU Saar tritt ein für weniger Hürden im Arbeitsrecht.

Auf Initiative der CDU ist es nicht nur gelungen, die einfachen Zuverdienstmöglichkeiten bis 400 € wieder einzuführen und damit die Fesseln des Scheinselbstständigkeitsgesetzes zu lösen, sondern - als eine strukturell neue Antwort auf die Anforderungen insbesondere der Dienstleistungsbranche - auch einen Niedriglohnsektor von 400 € bis 800 € zu schaffen, durch den mittels niedrigerer Lohnnebenkosten Tätigkeiten aus der Schwarzarbeit wieder in die Legalität zurückgeholt werden können. Das ist nach Ansicht der CDU Saar ein erster qualitativer Beitrag, um endlich wieder mehr Beschäftigung zu erreichen.

Die ist nach unserer Meinung jedoch erst der Anfang. Globalisierung heißt, dass sich unsere Unternehmen permanent einerseits in weltweitem und andererseits in grenzüberschreitend regionalem Wettbewerb behaupten müssen. Dieser Wettbewerb wirkt auf die unterschiedlichen Branchen und Hersteller in sehr verschiedener Form.

Betriebliche Bündnisse für Arbeit werden auch heute schon – abweichend vom Flächen-tarifvertrag – praktiziert. Hier müssen im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft klare Spielregeln gelten, wann und wie betriebliche Bündnisse zur Arbeit zur Sicherung der Beschäftigung vereinbart werden können.

Ein übertriebener Kündigungsschutz, der dazu führt, dass ältere Menschen keine Chance mehr haben, in den Arbeitsmarkt zurück zu finden und dass Kleinunternehmer Angst haben, mehr Personal einzustellen ist nicht sozial. Deshalb muss das Kündigungsschutzgesetz bei älteren Arbeitnehmern zulassen, dass ein geringer Kündigungsschutz bei gleichzeitiger obligatorischer Abfindungsregelung möglich ist. Damit ist die Einstellung dieses älteren Arbeitnehmers für ein Unternehmen wieder berechenbar. Auch die Grenze der Betriebsgrößen, ab denen die Kündigungsschutzregelungen greifen, muss von 5 auf 20 angehoben werden. Denn Arbeit unter geringerem Kündigungsschutz ist der Arbeitslosigkeit vorzuziehen.

IV. Reform der sozialen Sicherungssysteme

Die Senkung der Beitragssätze in der Sozialversicherung ist unerlässlich, um wieder zu mehr Beschäftigung zu kommen. Grundsätzlich macht es einen Unterschied, ob ein Anspruch aus eigener Leistung erworben oder von einem fürsorglichen Staat zugeteilt wird. Leistung muss sich lohnen. Jeder Zweig der Sozialversicherung hat seinen spezifischen Auftrag. Ihn nicht grundsätzlich zu gefährden, zugleich aber die private Vorsorge zu stärken und die Ressourcen für die Senkung der Lohnnebenkosten frei zu schaufeln, ist eine zentrale Herausforderung sozialer Politik.

a. Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Wir brauchen ein System das dazu führt, das derjenige der arbeitet mehr in der Tasche hat als derjenige, der nicht arbeitet.

Die CDU Saar fordert die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe und die Pflicht für jeden Arbeitsfähigen, nachzuweisen, dass er sich auch wirklich um Arbeit bemüht. Wer im ersten Arbeitsmarkt keine Arbeit findet, muss auch durch die Annahme eines Jobs im Bereich der niedriger bezahlten Leih- oder Zeitarbeit besser gestellt werden als ein Bezieher von Sozialleistungen.

Mut zum Markt heißt hier: Auf diese Weise wird es unattraktiver, soziale Transferleistungen in Anspruch zu nehmen. Der Fehlanreiz zum Bezug von Sozialleistungen, weil der Abstand zum erzielbaren Lohn zu gering ist, wird korrigiert und der Druck zur Aufnahme einer Beschäftigung erhöht.

b. Bezug von Sozialleistungen

Die Rechtmäßigkeit von Ansprüchen auf Leistungen der sozialen Sicherungssysteme sind bei Gewährung und während der Bezugsdauer verstärkt zu überprüfen.

Dazu gehört es auch, dem Empfänger von Sozialleistungen eine Gegenleistung abzuverlangen. Wer Transferleistungen wie Arbeitslosen- oder Sozialhilfe bekommt, dem kann – sofern er arbeitsfähig ist – abverlangt werden, dafür gemeinnützige Arbeit zu leisten. Wer dies verweigert, hat die Solidarität der Gemeinschaft verspielt. In diesem Fall müssen die Transferleistungen entsprechend gekürzt werden. Neben der Vereinheitlichung der Leistungen zwischen Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe ist auch eine Neuordnung der Familienförderung erforderlich. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Dies gilt insbesondere für die CDU Saar, die den Familien einen hohen Stellenwert einräumt und die die Leistungen der Eltern, die Kinder erziehen, anerkennt, wie die Übernahme des Elternanteils im 3. Kindergartenjahr durch das Saarland zeigt.

c. Mehr Eigenverantwortung in den sozialen Sicherungssystemen

Unsere Solidarsysteme stehen vor existentiellen Herausforderungen: die enge Kopplung ihrer Finanzierung an den Faktor Arbeit entspricht immer weniger den tatsächlichen Wertschöpfungsmustern unserer postindustriellen Gesellschaft. Darüber hinaus stellt der demographische Wandel und die daraus resultierende Umkehrung der Alterspyramide insbesondere die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung vor immer größere Finanzierungsprobleme. Stabile, auf dem herkömmlichen Wege finanzierbare Versorgungsleistungen, gerade auch für künftige Generationen werden dadurch in Frage gestellt.

Angesichts der Veränderungen im Bevölkerungsaufbau und in der Arbeitswelt ist daher eine wirksame Reform unserer Solidarsysteme unumgänglich. Ziel muss es sein, die Systeme der staatlichen Sozialversicherung zukunftsorientiert umzubauen und so zu ergänzen, dass die Bürger gegen die großen Lebensrisiken, wie Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit und die Risiken bei Unfall und Erwerbsunfähigkeit abgesichert sind, zugleich aber die Abgabenlast für die Beitragszahler erträglich bleibt. Die Gesamtabgabenlast für die Solidarsysteme muss – zumindest mittelfristig – wieder unter die 40 %-Marke sinken.

Dies ist nur zu erreichen über die gezielte Förderung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative der Bürger. Als Mitglied der öffentlichen Pflichtversicherungen sollen sie mehr Gestaltungsfreiheit erhalten hinsichtlich der Versicherungsumfänge und -beiträge. Zudem sollte es für mündige Bürger zur Selbstverständlichkeit werden, sich in stärkerem Maße als bisher selbst um Gesundheit und Altersvorsorge für die eigene Person bzw. mitzuversichernde Familienangehörige zu bemühen.

Der Staat kann und muss diesen schwierigen Anpassungsprozeß auf dreierlei Weise unterstützen: Indem er für tragfähige Versicherungssysteme sorgt, Anreize zur privaten Vermögensbildung schafft und die Familien wirkungsvoll entlastet. Die Bürger müssen auf die Stabilität und Verlässlichkeit der Solidarsysteme vertrauen können. Risiken, die der einzelne aus eigener Kraft nicht auf sich nehmen kann, müssen von den gesetzlichen Versicherungen abgedeckt werden. Wahl- oder Zusatzleistungen, die über die

notwendigen Kernleistungen hinausgehen, sollen nicht von den Pflichtversicherungen erbracht werden, sondern von den Bürgern privat abgesichert werden. Um dem einzelnen einen Spielraum zur privaten Vorsorge zu bewahren, muss gleichzeitig die Gesamtbelastung durch Steuern und Abgaben wirkungsvoll gesenkt werden.

IV. Entbürokratisierung

Der Bund muss alle Regelungen und Standards dahingehend prüfen, ob sie unbedingt notwendig sind. Wir im Saarland haben dies bereits getan und über 1.300 Vorschriften abgebaut. Auch auf Bundesebene ist dies möglich.

C.2. Strukturwandel und Innovation für unser Saarland

I. Standortpolitik/Standortfaktoren

a. Mobilität

Einer der wichtigsten Standortfaktoren und damit Voraussetzung für ein wirtschaftsfreundliches Klima im Land ist die Verkehrsinfrastruktur. Mobilität ist für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen entscheidend. Nur wenn es gelingt, die Verkehrsströme zu bewältigen, kann die einzelbetriebliche Förderung erfolgreich sein. Dabei lehnen wir eine ideologisch motivierte Benachteiligung des Individualverkehrs und des Straßenbaus entschieden ab, ohne andererseits den ÖPNV zu vernachlässigen.

- Wir fordern die Landesregierung auf das Projekt „Eurobahnhof“ weiter voranzutreiben. Saarbrücken braucht einen leistungsgerechten und attraktiven Bahnhof, der auch für Hochgeschwindigkeitsverbindungen geeignet ist.
- Die Saarbahn muss weiterhin ein wichtiger Bestandteil des ÖPNV bleiben. Vorrangig ist die Ausbaustufe bis Lebach zu realisieren. Landesweit muss aber insgesamt ein modernes Bahnsystem mit dichtem Takt, modernen Fahrzeugen, modernisierten und zusätzlichen Haltepunkten eingerichtet werden. Die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsmittel sowohl von Bussen und Bahnen als auch von Park & Ride und Bike & Ride sind zu verbessern. Für weitere Ausbaustufen ist das Bedarfsgutachten bei Veränderung des jeweiligen Bedarfs zu aktualisieren.
- Der Individualverkehr wird insbesondere für den ländlichen Raum seine Bedeutung behalten, deshalb lehnen wir jede Verteufelung des Autos ab und begrüßen die im Straßenbau eingeleitete Trendwende. Die Landesmittel für den Bau und Erhalt unserer Straßen wurden nach Regierungsantritt um 25 % erhöht. Wir fordern die Landesregierung auf, die hohe Mittelausstattung der Vorjahre beizubehalten und nach Lage der finanziellen Möglichkeiten weiter zu erhöhen. Dabei muss die Erhaltung und Sanierung des bestehenden Straßennetzes im Vordergrund stehen.

- Wir fordern die Bundesregierung auf, dem Saarland mehr Mittel für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung zu stellen. Der Bund hat eine Reihe von Sonderprogrammen aufgelegt (A-, F-Modell, Anti-Stau-Programm, WM-Programm), in denen das Saarland nicht berücksichtigt ist, was sich verzerrend auf die Gesamtmittelverteilung auswirkt. Eine Benachteiligung des Saarlandes kann nicht hingenommen werden. Im Übrigen fordern wir, dass die gesamten Einnahmen aus der Lkw-Maut dem Straßenbau zur Verfügung gestellt werden.

b. Flächenmanagement

Die rasche Verfügbarkeit eines ausreichend großen Angebotes an Industrie- und Gewerbeflächen ist ein wichtiger Faktor für die Ansiedlung, die Verlagerung und Erweiterung von Betrieben. Übergeordnetes Ziel ist bei allen Maßnahmen die ressourcenschonende Schaffung moderner Industrie- und Gewerbeflächen für kleine mittlere Unternehmen durch den Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur. Deshalb kommt seit Jahren auch der Revitalisierung brachgefallener Industrie- und Gewerbeflächen eine große Bedeutung zu. Die Beseitigung der Industriebrachen und die Bewältigung der standortspezifischen Altlasten erfordern jedoch schwierige, individuelle und zeitaufwendige Maßnahmen. Daher ist zur Erhöhung des kurzfristig verfügbaren Angebots und zur Beschleunigung des Strukturwandels nach wie vor die Bereitstellung neuer Industrie- und Gewerbeflächen notwendig.

c. Kosten

Die Reduzierung von Kosten für saarländische Unternehmen bleibt eine dauerhafte Aufgabenstellung. Wenn diese auch für die nicht die Hauptrolle bei der Standortentscheidung spielen, so stellen sie doch immer noch eine Belastung im Standortwettbewerb dar.

- Mit dem Programm zur Senkung der Gewerbesteuer hat das Saarland einen Standortnachteil beseitigt. Die Senkung der Gewerbesteuer um 22 Hebesatzpunkte erhöht die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts und trägt zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Zudem entlastet das Landesprogramm den Mittelstand. Wir fordern die CDU-geführte Landesregierung auf, dieses Programm im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten fortzusetzen. Dauerhaft streben wir eine umfassende Reform der Gewerbesteuer auf Bundesebene an.
- Die hohen Kosten der Ver- und Entsorgung waren in der Vergangenheit vor allem durch strukturelle Defizite und Verfehlungen der handelnden Personen hausgemacht. Der "Bähr-Untersuchungs-Ausschuss" hat unglaubliche Versäumnisse zu Tage treten lassen, die den Gebührenzahler in Millionenhöhe belastet haben. Wir fordern die CDU-Landtagsfraktion auf, ihre Aufklärungsarbeit in diesem U-Ausschuss fortzusetzen. Die Landesregierung fordern wir auf, den EVS weiter umzustrukturieren und die Fach- und Rechtsaufsicht zu verstärken.

d. Deregulierung

Da gerade mittelständische Unternehmen durch Bürokratiekosten überproportional belastet werden, bleiben Deregulierung und Privatisierung eine dauerhafte Aufgabe. 40 kg Vorschriften wurden bislang abgeschafft. Durch die Veräußerung von Landesbeteiligungen ist es gelungen, Investitionsspielräume zu schaffen. Die Erlöse aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen werden investiven Zwecken zugeführt. Dennoch bleibt viel zu tun.

- Die CDU Saar fordert die Landesregierung und den Landtag auf, sämtliche bestehende Gesetze und Verordnungen darauf zu überprüfen, ob sie noch zeitgemäß sind und sie entsprechend zu ändern oder abzuschaffen.
- Die Landesregierung und der saarländische Landtag werden weiterhin aufgefordert, neue Gesetze und Verordnungen nur noch befristet zu beschließen. Verordnungen sollen fünf, Gesetze zehn Jahre gelten und anschließend vom Ministerrat und/oder Parlament neu oder verändert beschlossen werden.
- Die Landesregierung soll die Abschaffung von statistischen Berichtspflichten prüfen und auch auf Bundes- und EU-Ebene auf eine Reduzierung der Statistiklasten hinwirken.
- Die weitere Konzentration und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ist zu prüfen.
- Der §108 KSVG muss so reformiert werden, dass die privatwirtschaftliche Betätigung der Kommunen wirksam eingeschränkt wird.

e. Aus-/Weiterbildung

Je besser die Bildung der Menschen, um so günstiger die wirtschaftliche Entwicklung. Gut ausgebildete und leistungsbereite Menschen sind ein wichtiges Kapital für unser Land. Die Schätze unseres Landes liegen nicht mehr unter der Erde, sondern in den Köpfen der Menschen.

In der Bildungspolitik ist viel geschehen, das 8-jährige Abitur, die Förderung von Fleiß und Disziplin, die Stärkung der Allgemeinbildung, auch die Heraushebung des Leistungsgedankens.

- Wir fordern weitere Reformen in der Bildungspolitik. Das Interesse für technische und naturwissenschaftliche Berufe ist zu fördern. Die Unterrichtsqualität ist weiter zu verbessern. Die Vermittlung berufsnaher Lerninhalte muss verstärkt werden. Die CDU Saar fordert von der Landesregierung, wirtschaftskundliche Sachverhalte fachübergreifend stärker in die Lehrpläne einzubeziehen.
- Mit der Entwicklung zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft verändern sich insgesamt die Anforderungsprofile an die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Hohe Fachlichkeit ist dabei ebenso gefordert wie beispielsweise soziale Kompetenz. „Lebenslanges Lernen“ wird zur permanenten Herausforderung für die Arbeitnehmer, die Unternehmer und auch die arbeitslosen Menschen. Die CDU Saar unterstützt die vielfältigen Modelle und Formen des lebenslangen Lernens.
- Die Ausbildung von technologischen Berufen ist verstärkt zu fördern, insbesondere durch Netzwerke und Verbundausbildung.

- Die Vermittlung von Sprachkompetenz soll die Chancen auch für die Arbeitnehmer in einer zusammenwachsenden europäischen Wirtschaftsregion stärken.
- Die CDU Saar setzt sich dafür ein, moderne Computertechnik stärker in den Schulunterricht zu integrieren. Unterricht am PC bzw. Laptop fördert die technische Kompetenz saarländischer Schüler ungemein. Deshalb wird die saarländische Landesregierung aufgefordert, zunächst an Modellschulen und bei deren Erfolg flächendeckend, Schulen mit Laptops auszustatten und den Unterricht dem gemäß zu gestalten. Hierzu soll die Landesregierung Sponsoren suchen, die ein solches Engagement finanzierbar machen.

II. Arbeitsmarkt

a. Schaffung eines Niedriglohnsektors

Die Leih- und Zeitarbeit entwickelt sich immer mehr zu einem eigenen Arbeitsmarktbereich in Deutschland. Die Bezahlung muss zu Beginn der Beschäftigung etwa 25 % unter dem Tariflohn liegen, damit es für die Arbeitgeber interessant wird, solche Arbeitsplätze anzubieten. Die CDU Saar appelliert an Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gewerkschaften, für das Saarland einen Tarifvertrag für die Leih- und Zeitarbeit abzuschließen, der in der ersten Beschäftigungszeit einen beschäftigungswirksamen Lohnabschlag vorsieht. Denn dann können über dieses Instrument viele Menschen, die derzeit arbeitslos sind, wieder in eine Beschäftigung vermittelt werden. Für diese Menschen ist es besser, wieder in ein Arbeitsverhältnis zu kommen, auch wenn es niedriger bezahlt ist. Denn so haben sie die Chance, auf diesem Weg wieder eine Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden.

Im Gegenzug erwarten wir, dass die Arbeitgeber auch weiterhin eine den Bedarf deckende Anzahl an Ausbildungsplätzen für junge Menschen bereitstellen.

b. Jugendliche ausbildungsfähig machen

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehört auch, junge Menschen fit für die Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung zu machen. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren vermehrt Mittel eingesetzt, um Schülern, die den Hauptschulabschluss nicht erworben haben, den Erwerb dieses schulischen Grundbausteines in einem Hauptschulabschlusskurs zu vermitteln. Dies erhöht die Chancen dieser jungen Menschen erheblich, einen Ausbildungsplatz in einem Betrieb zu bekommen. Und eine gute Ausbildung ist die beste Vorbeugung gegen Arbeitslosigkeit.

c. Mitarbeiterbeteiligung

Die freiwillige und individuelle Beteiligung der Arbeitnehmer an Gewinn und Kapital ihres Unternehmens wirkt sich positiv auf Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit sowie Einkommens- und Vermögensverteilung aus. Mitarbeiterbeteiligung steigert die Produktivität, Rentabilität und Innovationsfähigkeit, sie erhöht das Eigenkapital, setzt Leistungsanreize und bindet die Mitarbeiter an die Firma.

Wir fordern die Tarifparteien auf verstärkt auf neue Formen der Mitarbeiterbeteiligung zu setzen. Die Landesregierung wird aufgefordert sich verstärkt für bessere Rahmenbedingungen einzusetzen.

III. Wirtschaftsförderung

a. Veränderung der Subventionsmentalität: Weg von den Erhaltungssubventionen hin zu Anpassungssubventionen

Das Saarland ist ein Land im Wandel, alte Industrien verlieren ihre wirtschaftliche Basis oder bauen Arbeitsplätze ab, vor allem im Montanbereich. Es hilft nichts, sich gegen einen voranschreitenden Strukturwandel zu sperren. Zu lange hat saarländische Politik Lebenslügen verbreitet. Die CDU will auch in Zukunft ihrem Anspruch, den Wandel aktiv zu gestalten gerecht werden.

- Wir fordern die Landesregierung auf, den Kurs der aktiven Gestaltung des Strukturwandels weiter fortzusetzen. Wir halten den Ansatz eines sozialverträglichen Ausstiegs aus dem Kohlebergbau für weiterhin richtig. Sozialverträglichkeit heißt für uns, die berechtigten Interessen der Beschäftigten, aber auch der vom Bergbau Betroffenen zu berücksichtigen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf schnellstmöglich Verhandlungen über die Anschlussregelung für den Kohlekompromiss aufzunehmen. Dabei müssen Mittel für den Strukturwandel im Vordergrund stehen.
- Wir fordern die EU auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Erhaltungssubventionen für den Kohlebergbau in Mittel für den Strukturwandel umgewandelt lenkt werden können.

b. Unternehmergeist fördern, Gründer unterstützen

Selbständigkeit und Gründungstätigkeit haben große Bedeutung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gegenüber dem Bundesschnitt haben wir im Saarland immer noch eine hohe Lücke bei den Selbstständigen zu schließen.

Auch hier kommen wir voran: Im Saarland können sich immer mehr Menschen sich mit dem Gedanken anfreunden, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Das ergab auch eine Untersuchung der Universität Köln („GEM“), nach der im Saarland das Gründungsklima bundesweit am besten ist. Dennoch sind wir auch hier noch nicht am Ziel. Deshalb fordern wir:

- Positives Klima für Existenzgründungen kann man schon in der Schule schaffen. Deshalb müssen entsprechende Projekte wie z.B. JUNIOS R fortgesetzt werden.
- Es ist wichtig, Gründern eine gute Infrastruktur zu bieten. Mit dem Spin-off-Center an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, den Starterzentren in Saarbrücken und Homburg sowie dem Science Park wurden wichtige infrastrukturelle Voraussetzungen für Gründungen aus den Hochschulen heraus geschaffen. Darüber hinaus gibt es mittlerweile mehr als ein Dutzend Gründer- und Technologiezentren im Saarland, die Existenzgründern Hilfestellungen in betriebswirtschaftlicher, organisatorischer und technologischer Hinsicht bieten. Dieser Weg muss fortgesetzt werden, künftig ist dabei auf größere Branchen - Differenzierung zu setzen.
- Für die Zukunft muss das Land noch stärker auf die Kreativität und das Know-how innovativer Gründer setzen.
- Förderprogramme müssen weiter vereinfacht und zusammengefasst werden. Die Aktivität und die Qualifizierung der sog. Gründungslotsen ist zu verbessern. Diese sollten von dem sonstigen Tagesgeschäft befreit sein.

- Haupt - Gründungshindernis ist weiterhin die Finanzierung. Das Land wird gebeten, alle Möglichkeiten einer sog. Kleinstfall-Förderung ohne Beteiligung der Hausbank zu überprüfen. Insbesondere ist der Einstieg der SIKB ins Direktgeschäft zu untersuchen.

c. Einzelbetriebliche Förderung ausweiten

Leitsatz saarländischer Wirtschaftspolitik ist seit dem Regierungswechsel 1999, das Saarland wirtschaftsfreundlicher zu machen. Wirtschaftsfreundlichkeit heißt vor allem Mittelstandsfreundlichkeit. Der Mittelstand ist Rückgrat und Motor unserer Wirtschaftsordnung. Er garantiert umfassenden Wettbewerb sowie Angebotsvielfalt und bietet den Menschen einen Großteil der Ausbildungs- und Arbeitsplätze in ihrem angestammten Lebensraum. Der Mittelstand beschäftigt zwei Drittel aller Arbeitnehmer und stellt vier Fünftel aller Ausbildungsplätze bereit. Während die Großbetriebe in den vergangenen Jahren Arbeitsplätze abgebaut haben, hat der Mittelstand neue Stellen geschaffen. Wir brauchen den Ideenreichtum und Erfolgswillen mittelständischer Unternehmer mit ihrer großen Innovations- und Entwicklungsdynamik. Sie müssen sich aber auch im harten Wettbewerb gegenüber Großunternehmen behaupten. Deshalb setzt unsere Wirtschaftspolitik besonders auf günstige Rahmenbedingungen für den Mittelstand, auch zur Erhaltung und Entwicklung bestehender Unternehmen.

- Die Förderung der mittelständischen Wirtschaft wurde in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Das Volumen wurde seit 1999 um rund 11 % auf 102 Mio. € (2002) gesteigert. Die Mittelstandsförderung muss auf diesem hohem Niveau weitergeführt werden.
- Die Einbeziehung der Unternehmensnachfolge in die Förderung durch das Startkapitalprogramm wird begrüßt. Die ideelle und finanzielle Förderung der Unternehmensnachfolge muss jedoch weiter verbessert werden. Die Landesregierung soll auch auf Bundesebene auf bessere steuerliche Rahmenbedingungen hinwirken. Ebenso ist darauf hinzuwirken, dass Entwicklungen und Erfindungen, die in unserem Lande getätigt werden, auch vermehrt hier vor Ort produziert und vermarktet werden können.
- Der Mittelstandsbeirat muss verstärkt bei wirtschaftspolitisch relevanten Maßnahmen mit einbezogen werden.

d. Standortmarketing/Ansiedlungspolitik

Standortmarketing ist in einer globalisierten Wirtschaft ein immer wichtiger werdender Faktor. Dabei sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen konnte die CDU-geführte Landesregierung mit ihrer Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Saar (gwSaar) in 2001 insgesamt 15 Unternehmen im Saarland ansiedeln. Die neuen Unternehmen wollen über 800 Arbeitsplätze schaffen.

- Wir fordern die Landesregierung auf, die Aktivitäten in der Ansiedlungspolitik weiter zu verstärken und einen besonderen Fokus auf den Wissenschaftsstandort Saarland zu legen.
- Wir fordern die Weiterentwicklung des Angebotes der Wirtschaftsförderungsgesellschaften zu einem umfassenden Rundum-Service. Maßgeschneiderte Ange-

bote und flexibles Reagieren auf betriebsbedingte Wünsche erleichtern das Ansiedlungsgeschäft.

- Ihren Markt finden unsere Unternehmen zunehmend nicht nur in Europa, sondern in allen Kontinenten der Welt. Die saarländischen Unternehmen haben die Herausforderungen der Globalisierung angenommen. Die Landesregierung muss die Auslandsaktivitäten weiterhin unterstützen. Die Produkte "Markterkundung" und "Gemeinschaftsstand" werden von den mittelständischen Unternehmen sehr gut angenommen und müssen zukunftsgerichtet weiter entwickelt werden. Dabei muss die wissenschaftlich-technologische Kompetenz des Saarlandes verstärkt im Mittelpunkt stehen.

Markterkundung ist zur Chefsache geworden. Die politische Flankierung durch Mitglieder der Landesregierung bei Messen und Markterkundungsreisen ist auf verschiedenen Märkten ein unverzichtbares Element. Die Tatsache, dass Ministerpräsident Peter Müller im letzten Jahr die Reisen nach Südostasien und Österreich selbst geleitet hat, hat nicht nur das öffentliche Interesse erhöht, sondern den saarländischen Firmen viele Wege zu neuen Geschäftspartnern geebnet. Wir fordern die Landesregierung ausdrücklich auf diesen eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.

IV. Technologietransfer

Das Saarland entwickelt sich zu einem attraktiven Wirtschafts- und Forschungsstandort. Die Schätze dieses Standortes liegen nicht mehr tief unter der Erde liegen, sondern in den Köpfen der Menschen. Daran hat die Politik der CDU-Saar und die von ihr geführte Landesregierung maßgeblichen Anteil.

Die Bereitschaft neue Wege zu gehen ist Grundlage für einen erfolgreichen Strukturwandel, den wir als zentrale Gestaltungs- und Zukunftsaufgabe weiter aktiv voranbringen müssen. Dazu brauchen wir beides: Den täglichen Einsatz für den Erhalt und den Ausbau unserer Arbeitsplätze in der "Old Economy", die insgesamt über 70% aller Arbeitsplätze im Saarland stellt, und die Anstrengungen in den Zukunftstechnologien, damit wir weiter nach vorne kommen.

Auf die Entwicklung der weltweiten Wachstumsmärkte hat sich das Saarland eingerichtet. Die innovative Forschungslandschaft mit Spitzeneinrichtungen in Bereichen wie Informationstechnologie (IT), Nano- und Biotechnologie, Medizin- oder Fertigungstechnik transferiert ihr Wissen erfolgreich. Zusammen mit den leistungsfähigen Wirtschaftsunternehmen unseres Landes bieten diese ihr breites Leistungsspektrum auf internationalen Märkten an. Inzwischen hat sich im Saarland eine aufstrebende, kreative Gründer-Szene etabliert.

- Der Innovationsprozess im Saarland muss auf diesen Grundlagen weiterentwickelt werden. Um im globalen "Wettbewerb der Regionen" konkurrenzfähig zu sein, muss das Saarland attraktive Themenfelder besetzen und sich durch eine konsequente Nischenstrategie von den anderen abheben. Dies kann durch die Bündelung themenbezogener Kompetenzen in Wirtschaft, Forschung und Bildung (Cluster) gelingen und trägt damit zur Bildung eines Standortprofils bei. Vor diesem Hintergrund und der Größe des Saarlandes müssen das Zukunftsprofil

- des Landes und das der Hochschulen durch gemeinsame thematische Schwerpunkte eng miteinander verzahnt werden.
- In engen Kooperationen der vorhandenen Einrichtungen in Bildung, Forschung und Wirtschaft müssen Kompetenzen gebündelt und der Innovationsaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beschleunigt werden. Eine besondere Rolle kommt den Hochschulen als Innovationsmotor in dem Prozess zu. Daneben sollen die erfolgreichen klassischen Branchen weiter unterstützt werden. Eine Koordinationsstelle soll die Umsetzung der erarbeiteten Projekte und Maßnahmen als Innovationstreiber begleiten.
 - Wir begrüßen die Erweiterung des Saarbrücker Innovations- und Technologiezentrums (SITZ) zum IT-Park Saarland. Sie bildet einen neuen Meilenstein unserer Wirtschaftspolitik. Bereits jetzt sind auf dem Gelände ca. 1.200 Arbeitsplätze entstanden; ein weiterer Ausbau ist zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze notwendig. Der IT-Park muss zu einem Vorzeigeprojekt für die Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik werden.
 - Die CDU-Saar unterstützt die Bemühungen der Landesregierung, dass Saarland zu einem Testland für die UMTS-Technologie zu machen. Die Förderung des UMTS-Testzentrums am DFKI ist dauerhaft sicher zu stellen.
 - Ein weiterer wichtiger Schritt muss der Ausbau des Science-Parks Saar an der Universität sein. Hierbei muss insbesondere Wert auf die Bereiche Nano- und Biotechnologie gelegt werden.
 - Bio- und Nanotechnologien zählen zu den modernen Schlüsseltechnologien mit großen Wachstumsraten und steigendem Bedarf an Nachwuchskräften. Für das Programm „NanoBioTech-Region Saar“ stehen nun zusätzlich zu den Mitteln, die die Landesregierung in die Förderung der Biotechnologie investiert, 500.000 € von der EU und die gleiche Summe aus dem Sondervermögen Zukunftsinitiative zur Verfügung. Wir fordern die Landesregierung auf, diesen Bereich nachhaltig weiter zu fördern und die Mittelausstattung zu verstetigen.
 - Insbesondere der Technologietransfer zwischen Universität und den universitätsnahen Instituten zur Wirtschaft muss weiter verbessert ausgebaut werden. Die Rahmenbedingungen für Ausgründer müssen in diesem Bereich weiter verbessert werden. Die Landesregierung muss in den dafür zuständigen Gremien auf attraktive Ausgründungsrichtlinien hinwirken.
 - Wir fordern das Ministerium für Wirtschaft und das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft auf, die Rahmenbedingungen für einen ausreichenden Markt an qualifizierten Arbeitskräften zu schaffen.
 - Wir fordern die Errichtung eines Nano-Bio-Gymnasiums und die verstetigte Förderung des sog. Mit-Mach-Labors an der Universität. Das Interesse für naturwissenschaftliche Berufe muss in den Schulen durch geeignete Maßnahmen frühzeitig geweckt werden.
 - Neben dem Bereichen IT und Nano-Bio-Technologie müssen die Netzwerke Automobil und Logistik eine herausragende Rolle spielen. Im Rahmen des Strukturwandels hat sich auch die Automobilwirtschaft als treibende Kraft und entscheidender Impulsgeber für den konkurrenzfähigen Technologiestandort mit der Bereitstellung moderner, innovativer Arbeitsplätze herauskristallisiert. Um diese Dynamik und den Wirtschaftszweig auch in Zeiten einer sich abzeichnenden Automobilkonjunkturabschwächung abzusichern und zusätzlich zu unterstützen, fordern wir die Etablierung eines Automobilnetzwerkes Saar.